



29. Newsletter *Grüne Umwelt-, Bau- und Verkehrspolitik für Bremen*, 15.11.2010

Aktuelles

1. *Berichte aus der Bürgerschaft!* In der vergangenen Woche fanden die November-Sitzungen der Bürgerschaft statt. Debattiert wurden unter anderem die Zukunft der Elektromobilität, das Aus für die Abwasser GmbH und die Verminderung von LKW-Verkehren im Ortskern Woltmershausens.

Zu den Berichten: http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/360/360485.die_sitzungen_im_november_2010.html

2. *Grün stellt sich quer!* Die Proteste um den Castor-Transport ins Zwischenlager Gorleben haben deutlich gezeigt, dass die schwarz-gelbe Atompolitik nicht von der Bevölkerung getragen wird. Die vier Busse, die vom Bremer Landesverband zur Großdemo ins Wendland geschickt wurden, waren schon weit im Voraus ausgebucht. Die vielen TeilnehmerInnen erlebten eine friedliche Massenveranstaltung mit einem deutlichem Signal an die Bundesregierung: Wir stellen uns quer!

Auf die Gefahren der Laufzeitverlängerungen und die damit verbundene erhöhte Anzahl an Atomtransporten hat auch die Bürgerschaft noch einmal aufmerksam gemacht. In einem Dringlichkeitsantrag der rot-grünen Koalition wird der Senat zudem dazu aufgefordert, alle rechtlichen Möglichkeiten zur Verhinderung von Atomtransporten über die Bremischen Häfen und andere Transportwege auszuschöpfen.

Zum Antrag: http://www.buergerschaft-bremen.de/drs_abo/Drs-17-1536_14a.pdf

3. *Nach intensiver Prüfung: Abwasser GmbH wird nicht realisiert!* Mit einer zu gründenden Abwasser GmbH sollte es ermöglicht werden, die von der hanseWasserBremen für die Entsorgung von Abwasser erhobenen Gebühren in ein mehrwertsteuerpflichtiges Entgelt umzuwandeln. Dies hätte für Unternehmen, die ja vorsteuerabzugsfähig sind, eine Entlastung bei den Kosten bedeutet. Denn schon heute sind in den Abwassergebühren auch Leistungen enthalten, für die von hanseWasser bereits Mehrwertsteuer gezahlt wird, aber nicht abgezogen werden können.

Bundesweite Proteste führten zu einem Überdenken der im Koalitionsvertrag vereinbarten Entlastung und seitens der Koalition zu einem Prüfauftrag an den Senat, welche „ordnungsrechtlichen“ Konsequenzen und kartellrechtlichen Risiken auf die

Stadtgemeinde Bremen zukommen könnten. Diese Prüfung führt nun in der Konsequenz zu einem Verzicht auf die Abwasser GmbH. Dazu Karin Mathes, umweltpolitische Sprecherin der Fraktion am letzten Dienstag in der Bürgerschaft: „Die Vernunft hat gesiegt! Eine Idee hat sich als nicht tragfähig erwiesen. Insbesondere aufgrund der Risiken für den Bremer Haushalt wurde das Projekt der Gründung einer Abwasser GmbH heute vom Senat endgültig beerdigt.“ Und sie machte klar: „Grüne wehren sich vehement dagegen, ‚Gewinne‘ zu privatisieren und ‚Verluste‘ zu sozialisieren! Ich bin froh, die rot-grüne Koalition hat die richtige Entscheidung zum Wohle des Gemeinwesens getroffen.“

Eine mögliche Entlastung von Unternehmen hat die Koalition allerdings mit der „gesplitteten Abwassergebühr“ geschaffen, die ab Januar 2011 wirksam wird. Unternehmen mit wenig versiegelten Flächen profitieren davon, dass künftig die Abwassergebühr nicht mehr allein nach dem Frischwasserverbrauch berechnet wird, worin bereits die Entsorgung des Regenwassers enthalten ist. Wer also viel Wasser verbraucht, aber viel Flächen hat, in denen das Regenwasser versickern kann, wird entlastet. Andererseits soll dies auch ein Anreiz sein, bereits zubetonierte Flächen wieder zu entsiegeln.

4. *Strategien für Anpassung an Klimawandel entwickeln!* Bremen 2040: wärmere Winter mit viel Regen, staubtrockene Sommer, starke Stürme und ein steigender Meeresspiegel. Das zeigt eine Prognose, die bei einer Veranstaltung der Grünen vorgestellt wurde. Lesen Sie mehr hierzu im Internet:

http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/359/359737.strategien_fuer_anpassung_an_klimawandel.html

Bürgerschaft, Deputationen & Senat

1. *Grüner Hafen – grünes Meer!* Mit zwei Anträgen setzen wir uns dafür ein, Hafen und Meer – bildlich gesprochen – grüner werden zu lassen. Der Antrag „Ausbau der Offshore-Windenergie durch geeignete Maßnahmen flankieren“ zielt u.a. darauf ab, eine ausreichende Verzahnung zwischen Bund und Land Bremen sicherzustellen. Mit dem Antrag „Umweltzertifizierung der bremischen Häfen – ‚Greenports‘ sichtbar machen“ fordern wir eine Umweltzertifizierung, um durch dieses Umweltmanagementsystem die Umweltbilanz der Häfen zu verbessern. Um die Anträge im Wortlaut lesen zu können, klicken Sie bitte nachfolgende Links an:

http://www.buergerschaft-bremen.de/drs_abo/Drs-17-1536_14a.pdf

http://www.buergerschaft-bremen.de/drs_abo/Drs-17-1530_f82.pdf

AnsprechpartnerInnen für Nachfragen



Karin Mathes, umweltpolitische Sprecherin

Karin.Mathes@gruene-bremen.de

(Tel.: 0421/3011-245)



Maike Schaefer, verkehrs- und energiepolitische Sprecherin
maike.schaefer@gruene-bremen.de
(Tel.: 0421/3011-246)



Karin Krusche, bau- und stadtentwicklungspolitische Sprecherin
karin.krusche@gruene-bremen.de
(Tel.: 0421/3011-253)



René Zimmermann, Referent für Umwelt, Bau und Stadtentwicklung
rene.zimmermann@gruene-bremen.de
(Tel.: 0421/3011-242)



Timm Fulge, Referent für Energie und Verkehr
tim.fulge@gruene-bremen.de
(Tel.: 0421/3011-242)

Zum Abmelden des Newsletters führen Sie folgenden URL im Browser aus:
<http://mail.gruene-mail.de/mailman/listinfo/umwelt.bremen>

Hinweis: Für Inhalte externer Links und Publikationen wird keine Haftung übernommen!